

(Abgeordneter Brodauf.)

(A) tiker" Wiener in diesem Hause gegen die Richter gerichtet worden ist. Nun, schon die Gegenüberstellung der Angriffe, die da von links und rechts gekommen sind, müßten eigentlich jedem objektiv Denkenden sagen, daß an beiden nichts sein kann, sondern daß die Justiz, der Richterstand sich mit Erfolg bemüht, beiden Teilen gerecht zu werden. Jedenfalls müssen die Ausführungen, die der Herr Abgeordnete Schmidt (Freiberg) gemacht hat, mit ebensolcher Schärfe zurückgewiesen werden wie der von der Sozialdemokratie im allgemeinen erhobene Vorwurf der Klassenjustiz.

(Abgeordneter Koch: Sehr richtig!)

Ich glaube, daß sich da der Herr Abgeordnete Schmidt (Freiberg) mit diesem Ausspruch wohl auch nicht mit der Auffassung im Einklang befunden hat, die sein Platznachbar, mein Berufskollege, über die Angelegenheit hatte.

Charakteristisch ist am Verlauf der ganzen Debatte, wie widersprechend doch die verschiedenen Ausführungen der konservativen Herren Redner sind. Es muß also nochmals festgestellt werden, was der Herr Kollege Dr. Böhnel vorhin schon erwähnt hat, daß der Herr Vizepräsident Dpiß in der Landtagsverhandlung vom 16. April 1912 ausdrücklich betont hat, daß er gegen das Verbot des Streikpostenstehens sei. Und heute haben sich die Herren Dr. Schanz und Schmidt, offenbar doch im Einklang mit dem Gros der Fraktion, für ein solches Verbot ausgesprochen. Ich möchte den Ausführungen des Herrn Kollegen Dr. Böhnel noch hinzufügen, daß der Herr Vizepräsident Dpiß in jener Sitzung des Landtages nicht bloß von seiner eigenen Meinung gesprochen hat, sondern gesagt hat:

„... so stehen wir unsererseits vollständig auf dem Standpunkte, den der Herr Staatsminister als denjenigen der Regierung bezeichnet und vorhin eingehend begründet hat. Auch wir gehen von dem Grundsatz aus, daß das Koalitionsrecht allen Seiten gleichmäßig gewahrt werden soll, gleichmäßig gewahrt einmal den Arbeitern, andererseits aber auch den Arbeitnehmern. Und wenn die Arbeiterschaft hierbei glaubt, ihr Koalitionsrecht wirksamer machen zu können dadurch, daß sie im Falle des Ausbruches eines Ausstandes dazu verschreitet, Streikposten zu stellen, so erkennen wir ihr auch dieses Recht in keiner Weise ab, aber wir wollen dieses Recht eingegrenzt wissen dahin“ usw.

Jetzt aber verlangen die Konservativen das Verbot des Streikpostenstehens! Den „Glauben“, von dem damals Herr Vizepräsident Dpiß sprach, hat nicht allein die sozialdemokratische Arbeiterschaft, sondern, wie ich schon wiederholt erwähnt habe, auch die nichtsozialdemokratische Arbeiterschaft. Damals wollten Sie jenem Glauben gerecht werden, heute nicht mehr. Aber was sich eigentlich

im Laufe dieser knappen 2 Jahre geändert hätte, wüßte ich nicht. So große Streikbewegungen haben wir in dieser Zeit nicht gehabt, daß man es verstehen könnte, daß die Herren da drüben jetzt auf einmal einen ganz anderen und viel schärferen Standpunkt vertreten.

Dann müssen noch zwei Aussprüche einander gegenübergestellt werden. Herr Dr. Böhme, der jedenfalls von den konservativen Rednern am sachlichsten seinen Standpunkt dargelegt hat, hat am Schlusse mit allem Nachdruck betont, wie schon vor 2 Jahren, daß er kein Ausnahmegesetz wolle und daß seine politischen Freunde auch keins haben wollen. Aber der Herr Abgeordnete Schmidt (Freiberg) hat mit allem Nachdruck heute ein Ausnahmegesetz gefordert, ja, er hat sogar, um das zu wiederholen, den Richterstand scharf zu machen versucht: der Richterstand solle es den Arbeitern gegenüber nicht so genau mit der Objektivität nehmen.

Die Herren Konservativen haben wieder durch ihren Sprecher betont: es kommt ihnen darauf an, die Autorität des Staates zu schützen. Wir haben nach wie vor den Glauben, daß man mit dem vorliegenden Antrage in erster Linie bezweckt, gewisse Kreise von Industriellen hinüberzuziehen in das rechte Lager. Nun, ich muß sagen, wir gönnen Ihnen diejenigen Herren, die sich durch Ausführungen wie die des Herrn Abgeordneten Schmidt (Freiberg) gewinnen lassen, wir gönnen sie Ihnen ebenso wie solche Herren, die darüber entrüstet sind, daß das Reich jetzt endlich einmal eine Besitzsteuer eingeführt hat gegen Ihren Willen da drüben, und die Sie vielleicht in Ihr Lager hinüberziehen, weil die Betroffenen es mit Ihnen nicht verstehen können, daß man diesmal nicht die breiten Massen der Bevölkerung herangezogen hat, sondern einmal diejenigen, die wirklich mehr tragen können.

Bei den Antragstellern vermessen wir angesichts der festgestellten Widersprüche Klarheit in ihrem Vorgehen. Unsere Stellung zu den vorliegenden Anträgen und Interpellationen ist durchaus klar. Wir lehnen jedes Ausnahmegesetz ab, aber wir verwahren uns auch gegen die Vorwürfe, daß wir die Arbeitswilligen ungeschützt lassen wollten. Wir wollen, daß sie geschützt werden, aber geschützt werden auf Grund der bestehenden Gesetze, die dazu völlig ausreichen.

(Bravo! bei der Fortschrittlichen Volkspartei.)

Präsident: Ich bemerke, daß sich immer noch 9 Redner gemeldet haben. Ich sehe also kaum eine Aussicht, daß wir heute fertig werden. Wenn wir nicht bald zum Schlusse kommen, so bleibt nur übrig, daß wir entweder morgen weiter verhandeln, was freilich auch seine großen Bedenken hat, oder daß wir am Sonnabend die